

Zeitschrift:	Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber:	Widerspruch
Band:	23 (2003)
Heft:	45
Artikel:	Genfer UNO-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft : Anspruch und Wirklichkeit eines Aushandlungsprozesses
Autor:	Ludwig, Wolf
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-652331

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Genfer UNO-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft

Anspruch und Wirklichkeit eines Aushandlungsprozesses

Die Debatte um die globale Informationsgesellschaft ist bekanntlich so neu nicht. Die alte Diskussion um die *Neue Internationale Informationsordnung* brachte in den 80er Jahren die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) arg in Bedrängnis. Dabei ging es lediglich um die lapidare Feststellung, dass die westlichen Industrieländer neben der wirtschaftlichen und politischen Macht auch die Informationsflüsse dieser Welt kontrollieren. Die damals grössten Nachrichtenagenturen wie United Press International, Associated Press (beide USA), Reuters (GB) und Agence France Presse (F) teilten den Weltmarkt der veröffentlichten Meinung unter sich auf. Schien mit der Massenmedien-Deklaration der UNESCO von 1978 noch ein Formelkompromiss möglich, kam es mit dem zwei Jahre später veröffentlichten MacBright-Bericht, dem Weltreport über „Kommunikation und Gesellschaft – heute und morgen“ zum Eclat. In den 80er Jahren traten die USA, Grossbritannien und Singapur aus der UNESCO aus. Die UN-Organisation befand sich in einer ihrer grössten Krisen. Dabei ging es bei der Debatte noch hauptsächlich um Pressepolitik. Die globalen und viel nachhaltigeren Auswirkungen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) wurden seinerzeit noch ausgeklammert.

Die rasante Entwicklung dieser Informations- und Kommunikationstechnologien in den letzten beiden Jahrzehnten mit ihren bis dahin ungeahnten Kommunikationsmöglichkeiten liess eine ungetrübte, technologiefixierte Fortschrittseuphorie aufkommen. Bisherige Widersprüche und Brüche wie das „Nord-Süd-Gefälle“ als Ausdruck für den Reichtum des Nordens oder die Ausplünderung und Verarmung des Südens sollten mit den neuen Technologien überwunden werden. Und die schöne neue Welt würde sich schon bald vereint im „global village“ wiederfinden.

Gesellschaftliche wie kulturelle Fragen und Zusammenhänge blieben dabei bislang weitgehend ausgeblendet. Auch historische Bezüge sucht man vergebens. So meinte beispielsweise der Historiker Johannes Burkhhardt: „Wer in das ‚global village‘ einzieht, sollte das alteuropäische Dorfgeschwätz kennen.“ So stellte bereits Jörg Becker fest: „In der Beschäftigung mit internationaler Kommunikationspolitik ist unverkennbar: Der Wechsel öffentlicher Debatten von der UNESCO weg und hin zu GATT, OECD, ITU und WIPO ist nicht nur kennzeichnend, er markiert auch schlaglichtartig den Wechsel von Kultur zu Ökonomie und Technologie.“ (1994) Ging es bei der UNESCO-Debatte der 80er Jahre noch um Themen wie „freien Fluss von Informationen“, Pressefreiheit und ungehinderten Zugang für alle zu Informationsmedien, stehen heute Diskussionen

um technische Standards, Infrastruktur, wirtschaftliche Liberalisierung des Medienmarktes, e-Business oder Copyrights im Vordergrund.

Der Übergang von der Industriegesellschaft zur Informations- und Wissensgesellschaft stellt viele der bisherigen Ordnungsfaktoren in Frage. Doch der technische Regelungsbedarf hält an. Bei diversen Konferenzen und Ratssitzungen der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) kam ab 1998 wiederholt die Notwendigkeit eines Weltgipfels zur Informationsgesellschaft (WSIS, World Summit on the Information Society) zur Sprache. Im Dezember 2001 verabschiedete die UN-Generalversammlung die Resolution 56/183, die einen solchen Gipfel unter der Schirmherrschaft des UN-Generalsekretärs und der Federführung der ITU einberufen sollte. UNO-Generalsekretär Kofi Annan verband damit noch ziemlich Visionäres: „Eine technische Revolution verändert gegenwärtig unsere Gesellschaft nachhaltig. Richtig eingesetzt und ausgerichtet können Informations- und Kommunikationstechnologien alle Aspekte unseres sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens verbessern. Sie können auch als Motor zur Entwicklung des 21. Jahrhunderts dienen.“

Gemäss UN-Fahrplan wird der Weltgipfel in zwei Phasen stattfinden. Die erste Phase wird mit der ersten Konferenz vom 10. bis 12. Dezember 2003 in Genf abgeschlossen sein. Ziel und inhaltliche Grundlagen sind eine Grundsatzerklärung (Declaration of Principles) und ein Aktionsplan (Plan of Action). Die zweite Phase beginnt danach und wird mit der zweiten Weltkonferenz im November 2005 in Tunis beendet. Dort soll eine Evaluierung der in Genf beschlossenen Aktionen und Massnahmen erfolgen. Dabei geht es zumindest rhetorisch primär um die Überwindung des digitalen Grabens, der nicht nur im Nord-Süd-Zusammenhang klafft, sondern sich auch quer durch die Gesellschaften der nördlichen Hemisphäre zieht.

Konstruktionsfehler in der Weltgipfelarchitektur

Der enge Zeithorizont von zwei Jahren für eine Überprüfung der in Genf vereinbarten Ziele und Massnahmen ist völlig unrealistisch und folgt wohl eher den Erwägungen einer zeitgemässen Gipfelinszenierung. Denn die Mühlen der UN-Bürokratie sowie die ihrer Mitgliedsstaaten mahlen bekanntlich bedächtig langsam. Zwischen dem Weltgipfel für die am wenigsten entwickelten Länder 1980 in Paris und der 1985 in Genf gezogenen Zwischenbilanz haben fünf Jahre Arbeit kaum nennenswerte Resultate gebracht. Vom Entwicklungsgipfel in Rio 1992 bis zu jenem in Johannesburg hatte die Weltgemeinschaft immerhin zehn Jahre Zeit, die für die Umsetzung der vereinbarten Ziele auch nicht gereicht hat.

Neben der Zeitplanung gibt es noch weitere Fehler und Pannen bei der konzeptionellen Vorbereitung und beim Entwurf einer Gipfelarchitektur. Die der ITU zugesetzte Federführung bei den Vorarbeiten eines solchen Gipfels war unter rein technologischen Gesichtspunkten zwar nachvollziehbar, aber mit den gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und sozia-

len Dimensionen einer Informationsgesellschaft weiss die Internationale der Telekom-Bürokraten jedoch nichts anzufangen. Denn die Kernkompetenzen in diesen Bereichen liegen ja eigentlich bei der UNESCO. Doch offensichtlich wollte sich die UNO nicht erneut Vorbehalte, Widerstände oder gar einen offenen Konflikt mit so tonangebenden Mitgliedern wie den USA, Kanada oder Grossbritannien einhandeln, was befürchtet wurde, hätte sie die Gewichtung der Kernfragen der Informationsgesellschaft konsequent politischer bestimmt. So machte sich angesichts der absehbaren Komplexität der Gipfelthemen eine völlig überforderte Telekom-Bürokratie ans Werk, die den schwierigen Vorbereitungsprozess zum Weltgipfel weder organisatorisch, geschweige denn inhaltlich optimal vorbereitete und steuerte.

Ein weiterer Konstruktionsfehler in der Gipfelarchitektur war die frühzeitige fixe Festlegung auf Tunis für die zweite Phase. Tunesien gilt zwar gewissermassen als Ideengeber zu diesem Gipfel. Mit Tunesien wurde jedoch ausgerechnet ein Land gewählt, das nun wirklich nicht als Inbegriff von Presse- und Meinungsfreiheit gilt oder für die Achtung von Menschenrechten oder die Gewährung von demokratischen Grundrechten bekannt ist. An der Spitze des WSIS-Organisationskomitees steht General Habib Ammar, der laut Menschenrechtsorganisationen in den 80er Jahren für Folter und Repression in Tunesien mitverantwortlich war. Diese Entscheidung hat, so wird allenthalben gemunkelt, denn auch mehr mit der Karrieresicherung des ITU-Generalsekretärs Yoshio Utsumi zu tun als mit sachlichen Gründen. Der japanische UN-Beamte wollte seine Wiederwahl ins ITU-Spitzenamt nicht gefährden und kann nunmehr neben der Stimme Tunesiens getrost auf die gesamte Unterstützung der arabischen Liga nebst der afrikanischen Länder zählen.

Während frühere UN-Gipfel sich rückblickend gesehen offenkundigen Fehlentwicklungen (Handel, Klima, Umweltschutz) widmeten, um vorgeblich notwendige Korrekturen vorzunehmen, soll dieser Weltgipfel Chancen und Risiken einer bevorstehenden Entwicklung vorwegnehmen. Im Vergleich zu bisherigen UN-Gipfeln sollten der Vorbereitungsprozess und die Weltkonferenz zur Informationsgesellschaft auch formal anders organisiert werden. Neben den herkömmlichen Akteuren, den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, sind heute weitere Partner mit dabei. Nichtregierungsorganisationen (NGO) haben bereits bei früheren UN-Anlässen gezeigt, dass sie wichtige Beiträge zu den jeweils verhandelten Themen liefern. Diesmal wurde der „multi-stakeholder-Dialog“ auf eine „Dreiparteien-Struktur“ (Triparteid) erweitert: Staaten, Wirtschaft, Zivilgesellschaft nebst Internationalen Organisationen. Der Vorbereitungsprozess sollte damit neue Impulse erhalten und ein Abstimmen der unterschiedlichen Interessen ermöglichen. (Zu den grob skizzierten Interessenlagen der Akteure, der sogenannten Stakeholder, siehe unten mehr).

Die Beteiligung der Wirtschaft hat sich allerdings bei der ersten Vorbereitungskonferenz (PrepCom1) im Juli 2002 deutlich erhöht: Zum ersten Mal dürfen an einem UN-Weltgipfel nicht nur Wirtschaftsverbände, son-

dern auch einzelne Firmen teilnehmen. Daraus ergab sich eine doppelte Repräsentation wirtschaftlicher Akteure, die von vielen als bedenklicher Präzedenzfall für weitere UN-Gipfel gewertet wird. Nichtregierungsorganisationen und andere zivilgesellschaftliche Akteure wurden dagegen weit weniger bei ihrer Mitwirkung unterstützt, ab und zu gar durch mangelnde Kommunikation von Seiten des WSIS-Sekretariats behindert.

Die offiziellen Absichtserklärungen haben unter den Zivilgesellschaften grosse Erwartungen und Hoffnungen geweckt, die bei den ersten Vorbereitungstreffen (PrepComs 1 und 2) weitgehend enttäuscht wurden. Der Vorbereitungsprozess glich bisweilen der Echternacher Springprozession: drei Sprünge vor, zwei zurück. Dabei entstand zwar gehörig Bewegung, doch der Zug kam kaum voran. Noch bei der Regionalkonferenz in Bukarest, wo sich im November 02 die Vertretungen aus Europa, USA und Kanada zu weiteren Positionsabklärungen zusammenfanden, war in einigen Dokumenten bezeichnenderweise vom „Weltgipfel der Telekommunikation“ die Rede. Obwohl insbesondere die Schweiz als Gastgeberin des ersten Gipfels immer wieder versuchte, den Erwartungen der Zivilgesellschaften gerecht zu werden und Substanz in die Konferenzvorlagen zu bringen, bremste die ITU-Bürokratie.

Keine Kooperation um jeden Preis

Die Länder des Südens haben vom Weltgipfel zur Informationsgesellschaft keine materielle Unterstützung zur Überwindung des *digitalen Grabens* zu erwarten. Der Vorschlag des senegalesischen Präsidenten Wade, einen „digitalen Solidaritätsfonds“ zur Förderung entsprechender Entwicklungsprojekte einzurichten, wurde von den nördlichen Geberländern bisher abgeblockt. Die Industrienationen wehren ab mit dem Argument, dass es bereits eine Vielzahl von Fonds gäbe, deren Mittel ohnehin nicht die erhoffte Wirkung zeitigten. Um in dieser Frage noch einen Kompromiss zu ermöglichen, arbeitete die Schweizer Regierungsdelegation an einem neuen Fonds-Modell, das auf Schweizer Recht basiert und von einer Dreiparteien-Struktur (Regierung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft) verwaltet werden soll. Die wesentlichen Beiträge für einen solchen Fonds werden von der Wirtschaft über Lizenzabgaben erwartet.

Doch auch inhaltlich gibt es Differenzen, bisweilen entlang der klassischen Nord-Süd-Linie. So fordern die Staaten des Südens *ein Recht auf Kommunikation*, das über das *Recht auf Information* hinausgeht und auch die Möglichkeit einschliesst, eigene Inhalte einzubringen. Zur Überwindung des digitalen Grabens sowie des einseitigen Informationsflusses von Norden nach Süden betonen sie die Notwendigkeit des Aufbaus eigener Informations- und Kommunikationsstrukturen.

Da für die Länder des Südens aus Erfahrungen mit der bisherigen Gipfelplanung materielle Anreize fehlen, sind sie unter solchdürftigen Bedingungen auch nicht sonderlich zur Kooperation um jeden Preis geneigt. Nicht zuletzt unter dieser schwieriger Ausgangslage litt der bisherige

Vorbereitungsprozess. Zu den PrepCom-Verhandlungspoker 1, 2 und 3 reiste daher nicht ihre erste Diplomatengarde an, sondern sie liess sich durch nachgeordnete Telekommunikationsbürokraten vertreten. Die Regierungen der meisten Industrieländer nahmen die Vorverhandlungen zum Gipfel offenbar nicht viel ernster. Entsprechend minimalistisch und ohne Substanz blieben die Entwürfe der Grundsatzzerklärung wie des Aktionsplans. Daneben sorgten die Regierungsdelegationen aus China, Pakistan, Ägypten, Mexiko, Kuba oder Vietnam dafür, dass selbst einfachste Formulierungen zu politischen Grundsätzen einer „Informationsgesellschaft“ nicht konsensfähig waren.

Gemäss WSIS-Fahrplan sollten auf drei Vorbereitungskonferenzen (PrepComs) und zwei sogenannten Intersessional Meetings die praktische Durchführung des Gipfels sowie Themen und Inhalte der Abschlussdokumente festgelegt werden. PrepCom1 im Juli 2002 beschäftigte sich vor allem mit Verfahrensfragen, PrepCom2 im Februar 2003 erarbeitete erste Entwürfe für Abschlusserklärung und Aktionsplan, PrepCom3 im September 2003 hätte diese Dokumente konkretisieren und weitere offene Fragen klären sollen. Alle Prepcoms, wie auch der erste Teil des Gipfels, haben in Genf stattgefunden. Zusätzlich gab es regionale Vorbereitungskonferenzen – eine afrikanische in Bamako im Mai 2002, eine gesamteuropäische in Bukarest im November 2002 sowie eine asiatische und eine lateinamerikanische im Januar/Februar 2003.

Civil Society Families

Die zweite Vorbereitungskonferenz (PrepCom2) im Februar 2003 veranschaulichte eindrucksvoll, worin die Schwierigkeiten, Probleme, aber auch Chancen der Partizipation der Zivilgesellschaft bestehen. Während manche Staaten die Konferenz einerseits ausschliesslich als Regierungsangelegenheit verstanden haben wollten und nicht-staatliche Akteure zeitweise völlig aus den Beratungen drängten, wurde andererseits gegen Ende der PrepCom entschieden, dass die Stellungnahmen von seiten der Wirtschaft und Zivilgesellschaft an die Regierungsdokumente angehängt werden, womit jene somit zum ersten Mal einen offiziellen Status erhielten.

Bei der zweiten PrepCom wurde auch die Einrichtung eines Büros für Zivilgesellschaften beschlossen. Dieses Büro soll die Partizipation der Zivilgesellschaft im WSIS Prozess erleichtern und koordinieren. Das Büro besteht aus über 20 Civil Society Families, jede repräsentiert durch einen „Focal Point“; sie treten als Vermittler auf. Das Konzept des Zivilgesellschaftsbüros ist in den eigenen Kreisen nicht umstritten. Unklar war zu jener Zeit auch noch die Aufteilung der Arbeit in prozedurale und inhaltliche Fragen. Gemäß dem ursprünglichen Vorschlag sollten das Büro und die „Familien“ vor allem die Teilnahme zivilgesellschaftlicher Akteure am WSIS-Prozess erleichtern, während die thematischen und inhaltlichen Beiträge in den themenbezogenen Arbeitsgruppen und „Caucuses“ hätten diskutiert werden sollen.

Von der dritten Vorbereitungskonferenz (PrepCom3) im September 03 in Genf hatten sich viele Akteure einen Durchbruch erhofft. Die Zivilgesellschaften erschienen mit zahlreichen, fein ausformulierten Vorschlägen zu fast allen behandelten *Themen*: Menschen- und ArbeitnehmerInnenrechte, Medien, öffentlicher Rundfunk und Gemeinschaftsmedien, Recht auf freien Zugang zu Informationen und freien Informationsfluss, offene technische Standards und offene Formen der technischen Produktion, gute Regierungsführung, befähigende Rahmenbedingungen, Urheberrechte, Persönlichkeits- und Datenschutz oder Schutz und Förderung der sprachlichen wie kulturellen Vielfalt und lokaler Inhalte. In den ersten Tagen schienen die offiziellen Regierungsvertretungen für diese Beiträge noch zugänglich, doch schon bald wiederholten sich die von früheren PrepComs bekannten Abwehrreflexe. Die Regierungsdelegierten wollten lieber unter sich bleiben und verhandeln. Lediglich zu Beginn einer Sitzung wurde den VertreterInnen der Zivilgesellschaft Gelegenheit für eine fünfminütige Stellungnahme eingeräumt. Auf substanzIELLE Formulierungen, zu welchem Thema auch immer, konnte man sich kaum einigen.

Ein besonders krasses Beispiel der Verständnisschwierigkeiten waren die Verhandlungen über die *Rolle der Medien* in der Informationsgesellschaft. Hier konnte die Zivilgesellschaft zuerst als Erfolg verbuchen, dass die Schweizer Regierungsdelegation ihren Textvorschlag als Verhandlungsgrundlage durchbrachte. Doch selbst einfachste demokratische Grundsätze, wonach die traditionellen Medien (Presse und Rundfunk) in der Informationsgesellschaft weiterhin eine wichtige Funktion haben, blieben nicht ohne Einwände. Die Vertretung Chinas er hob z.B. Bedenken gegen den expliziten Hinweis auf Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zur Meinungs- und Pressefreiheit.

Das Büro der Zivilgesellschaften stellte nach einer Woche intensiver Gespräche in einer Zwischenbilanz ernüchtert fest, dass von ihren gesamten Beiträgen „60 Prozent schlicht ignoriert, 15 Prozent mehr oder weniger übernommen wurden und 25 Prozent in kaum noch erkennbarer Form“ sich in den offiziellen Konferenzdokumenten wiederfanden. In ihrer Pressemitteilung zum Abschluss der 3. Vorbereitungskonferenz drohten sie auch ziemlich unverhohlen an, dass die Zivilgesellschaften nicht mehr bereit seien, „den offiziellen Gipfeldokumenten Legitimation zu verschaffen, wenn die Regierungen weiterhin ihre Grundsätze ausklammern“. Und weiter heisst es dort: „Kommunikationsrechte sind Teil der Menschenrechte. Menschenrechte müssen der Rahmen einer Informationsgesellschaft sein.“ Ohne diese menschenrechtspolitischen Grundlagen „bleibt eine ‚Informationsgesellschaft‘ bedeutungslos.“

Auch die ohnehin nicht maximalistischen Forderungen der internationalen Gewerkschaften blieben auf der Strecke. Nach wiederholten Anläufen bei der PrepCom3 findet sich in der offiziellen Grundsatzerklärung nur ein vager Hinweis, „dass in der Informationsgesellschaft die Arbeitsbedingungen den Grundstandards des internationalen Arbeitsamtes (ILO) entsprechen sollten“. Im Vergleich zu anderen „Familien“ der Zivilgesellschaften

haben sich die internationalen Gewerkschaften mit ihrem Grundanliegen Arbeitswelt erst reichlich spät in die WSIS-Kampagne eingebracht. Von nationalen Gewerkschaften waren auch nur ver.di und comedia vertreten. Die Berufs- und Dachverbände der Schweizer- und Internationalen JournalistInnen-Föderation haben sich mit ihren medienpolitischen Anliegen hingegen schon früher zu Wort gemeldet.

Da der Vorbereitungsprozess zum Weltgipfel auch nach dem dritten Anlauf immer noch mehr Unstimmigkeiten als Gemeinsamkeiten aufwies, mussten am Ende der PrepCom3 noch zwei zusätzliche Vorbereitungstermine gesetzt werden. Von einer PrepCom3 plus mit einer weiteren einwöchigen Verhandlungsrunde im November wurden nun endlich Ergebnisse erwartet. In der Zwischenzeit wurde versucht, auf bilateralem Weg und auf höherer politischer Ebene die Blockaden bei jenen Regierungen abzubauen, die bislang den vehementesten Widerstand leisteten. Gehörte die Schweiz bei den PreComs 2 und 3 noch zu den Vorreitern bei den Kernthemen Menschenrechte und Medien, musste sie sich bei der letzten Vorbereitungskonferenz 3plus Mitte November völlig auf ihre Vermittlerrolle (facilitator) als Gastgeber zurückziehen und notfalls auch den Kompromiss mit dem Haupt- und Dauerbremser China auf niedrigstem Niveau suchen. Um hier noch eine Brücke zu schlagen, wurde krampfhaft nach passenden Formulierungen aus der gesammelten Beschlusslage der UN-Generalversammlung gesucht, was die chinesische Delegation noch immer nicht zum Einlenken bewog. An diesem Punkt schliesslich blockten die EU-Delegationen nebst Kanada und den USA, weil sie beim Weltgipfel dann doch nicht die „simpelsten UN-Prinzipien wie verfassungsmässigen Grundsätze der meisten westlichen Länder zur Disposition stellen“ wollten und damit „das Abendland und die Grundlagen der Aufklärung gleichzeitig verkaufen“, wie es ein deutscher Delegierter formulierte. Bei den beiden Knackpunkten Menschenrechte und Medien sei man eher bereit, einen Weltgipfel mit offenkundigem Dissens zu riskieren.

Neue politische Allianzen

Bei aller Ernüchterung muss festgestellt werden, dass es kaum zuvor bei UN-Gipfeln eine derart aktive Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen und eine so breite Vertretung von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Themenbereichen gab. Haben sich im Rahmen früherer Anlässe wie Klimagipfel, WTO oder Weltsozialforum weitgehend Dritte Welt-, Ökologie- und soziale Bewegungen manifestiert, sind es im WSIS-Zusammenhang erstmals auch Berufsgruppen wie Bibliothekare, Informatiker, Telekomtechniker und Wissenschaftler, die bislang kaum durch ein ausgeprägtes politisches Engagement aufgefallen sind. Dadurch haben sich im bisherigen Vorbereitungsprozess bereits völlig neue politische Allianzen gebildet. Zu den wichtigsten Akteuren und Netzwerken der internationalen Zivilgesellschaft gehören die Kampagne zu den Kommunikationsrechten in der Informationsgesellschaft (*Campaign for Information Rights in the*

Information Society – CRIS), die Association for Progressive Communication (APC), die World Association of Community Radio Broadcasters (AMARC), die World Association for Christian Communication (WACC), jedoch auch die Heinrich-Böll-Stiftung und das Netzwerk Neue Medien, die zu den Hauptstützen der WSIS-Kampagne zählen und ein hochprofessionelles Lobbying betreiben.

Auch unter den nicht-staatlichen Vertretungen gab es ganz unterschiedliche Einschätzungen und Positionen, was die Teilnahme am Weltgipfel angeht. Einige sahen in den bis dato zugestandenen Beteiligungsmöglichkeiten bereits einen graduellen Erfolg und gaben sich mit den spärlichen Spuren, die ihr hartnäckiges Lobbying in den offiziellen Konferenzvorlagen hinterlassen hat, zufrieden. Andere Akteure der Zivilgesellschaft wiederum sahen sich hingehalten und als Alibis instrumentalisiert und haben daher am Ende der letzten PrepCom3plus beschlossen, eigene sogenannte Schattenversionen der Grundsatzerklärung und des Aktionsplans herauszugeben. Darin wurde der *Gegenentwurf einer partizipatorischen Informationsgesellschaft von unten* formuliert, was einige nationale Koalitionen der Zivilgesellschaft wie in Deutschland und der Schweiz zur eigenen Positionierung schon vorgelegt hatten (vgl. Auf dem Weg zu einer „Charta der Bürgerrechte für eine nachhaltige Wissensgesellschaft“, in diesem Heft).

Da es beim offiziellen Weltgipfel im Dezember in Genf ohnehin mehr um Inszenierung denn um Inhalte gegangen ist, hatten viele Organisationen gleichzeitig ihre eigenen Parallel-Veranstaltungen geplant. Dort kamen dann, im Schatten des Regierungspalavers, die Kernanliegen der WSIS-Bewegten zur Sprache. Neben der Anzahl (120) war vor allem die Breite der Themenpalette beachtlich. Zu den wichtigsten Anlässen der Zivilgesellschaften gehörten gewiss das „*Weltforum zu Kommunikationsrechten*“ (Veranstalter CRIS), das „*World Electronic Media Forum*“, die „*Konferenz zu Gemeinschaftsmedien*“ (Veranstalter Brot für alle), das Podium zu „*Medienfreiheiten in der Informationsgesellschaft*“ (Veranstalter comedia und Amnesty International-Schweiz) oder die CERN-Konferenz über „*Die Rolle der Wissenschaft in der Informationsgesellschaft*“. Spannend war auch die Gegenkonferenz „*WSIS? – We seize!*“, veranstaltet von AktivistInnen und KünstlerInnen aus dem Umfeld der Indy-Media-Zentren, dem Noborder-Netzwerk, der freien Software-Bewegung, von lokalen Medienprojekten, von Basisbewegungen bis zu Hacker-Kollektiven, die sich erst gar nicht aufs kräftezehrende Lobbying bei den Mächtigen einliessen.

Der offizielle Gipfel, soviel ist gewiss, hat unter den gegebenen Voraussetzungen die hochgesteckten Erwartungen gar nicht einlösen können. Doch auch im Scheitern liegt eine neue Chance. Dann nämlich, wenn sich die Einsicht endlich durchgesetzt hat, dass eine globale Informationsgesellschaft *ohne* massgebliche Beteiligung von Organisationen der Zivilgesellschaft und von Basisorganisationen weltweit nicht nur politisch absurd, sondern schlicht auch nicht zu haben ist.

Die unterschiedlichen Interessen der Stakeholder beim Weltgipfel

Staaten: Die Regierungen des Südens legen besonderen Wert auf eine bessere Anbindung an die globalen Kommunikationskanäle. Der Zugang zu Information und Wissen über technische Infrastrukturen und deren Nutzung für Entwicklung haben für sie höchste Priorität. Allerdings betonen sie auch den notwendigen Erhalt kultureller Diversität und des kulturellen Erbes und möchten hierzu lokale Inhalte fördern. Die Regierungen des Nordens heben zusätzlich Themen wie E-Government, Bürger-Partizipation, Bildung und die Schaffung eines investitionsfreundlichen Umfeldes hervor. Zunehmend wird ein Schwerpunkt auf die Sicherheit von Kommunikationsnetzen vor kriminellen Aktivitäten gelegt.

Wirtschaft: Große internationale wirtschaftliche Institutionen – etwa das International Chamber of Commerce oder das World Economic Forum/WEF – haben sich im Coordinating Committee of Business Interlocutors (CCBI) zusammengeschlossen. Sie betonen die positive Rolle von Informationstechnologien für Entwicklung und Wirtschaftswachstum und fordern einen Abbau von Investitionshürden, eine marktwirtschaftliche Umgebung und einen sicheren rechtlichen Rahmen für Investitionen.

Zivilgesellschaft: Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, Gemeinschafts-Medien, wissenschaftliche Institutionen u.v.m. nehmen als Zivilgesellschaft am Gipfel teil. Sie sind in einem Netzwerk von „Caucuses“ organisiert, die sich teils mit organisatorischen Fragen, teils mit inhaltlichen Themen beschäftigen. Sie legen ihren Schwerpunkt weniger auf technische Anforderungen als auf soziale Fragen und Bedürfnisse, die als Basis der Informationsgesellschaft dienen sollten. Gefordert wird u.a. die Anerkennung von Kommunikation als Menschenrecht, die „Global Information Commons“ als Gegenstück zu kommerzieller Informationsverwertung, Meinungsfreiheit und Datenschutz, ein partizipatives, interaktives Kommunikationsmodell, die zentrale Rolle lokaler Gemeinschaften und die Förderung gemeinschaftsbasierter Initiativen.

Internationale Organisationen: Organisationen teils aus dem UN-Bereich, teils mit anderem Hintergrund, nehmen ebenfalls am Gipfel teil und melden sich mit detaillierten Themenvorschlägen zu Wort. Die UNESCO als UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur vertritt ähnliche Anliegen und Schwerpunkte wie die Zivilgesellschaft. Sie betont die Themen Bildung, freie Meinungsäußerung, kulturelle Diversität und die Stärkung der Public Domain. Zudem favorisiert sie den Begriff „Wissensgesellschaft“ im Unterschied zum Begriff einer vereinheitlichten globalen „Informationsgesellschaft“. (Vgl. Kleinwächter, www.gipfelthemen.de) Von anderen Organisationen, wie dem Europarat, wird eine Sicherung der bürgerlichen Freiheiten in der Informationsgesellschaft hervorgehoben wie etwa Datenschutz. Demgegenüber vertreten wirtschaftsnahe Organisationen, wie etwa die International Telecommunications Satellite Organisation, wirtschaftsliberale Interessen und fordern beispielsweise Investitionserleichterungen und globale technische Standards.

Auszug aus www.worldsummit2003.de/Akteurgruppen des WSIS der Heinrich-Böll-Stiftung

Schweizer Plattform zur Informationsgesellschaft

Die Schweizer Plattform zur Informationsgesellschaft – Comunica-ch – ist eine Koalition von Nichtregierungsorganisationen (NGO), von VertreterInnen der Zivilgesellschaft und der Schweizer Medien, die sich mit Fragen der Informationsgesellschaft beschäftigen. Im November 2002 gegründet, umfasst Comunica-ch inzwischen 40 Mitgliedsorganisationen aus verschiedenen Bereichen, die sich als gemeinsame Ziele gesetzt haben:

- Schaffung von Synergien, Kompetenzen und Kenntnissen über Fragen, die mit der Informationsgesellschaft zusammenhängen;
- Koordination der Arbeit der Zivilgesellschaft der Schweiz, um gemeinsame Vorschläge auszuarbeiten, insbesondere für den Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS);
- Beeinflussung der Stellungnahmen der Schweizer Regierungsdelegation beim Weltgipfel WSIS;
- Öffentlichkeitsarbeit betreffend der Zusammenhänge über die Informationsgesellschaft im allgemeinen, des Weltgipfels im besonderen.

Zusammenfassung der Forderungen von Comunica-ch

- Information muss als öffentliches Gut gelten und darf nicht auf einen Handelswert reduziert werden.
- Die Informationsgesellschaft muss sich ausrichten an Zielen wie Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit und nachhaltiger Entwicklung im sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereich.
- Die Informationsgesellschaft muss die Meinungs- und Informationsfreiheit als Grundrechte und das Menschenrecht auf Bildung garantieren.
- Die Informationsgesellschaft muss die Vielfalt von Kulturen, Sprachen und Denkweisen berücksichtigen, um eine offene, lebendige und tolerante Gesellschaft zu garantieren.
- Die Informationsgesellschaft muss auf einer demokratischen Grundlage basieren und eine Mitwirkung ihrer BürgerInnen gewährleisten.
- Die Vision einer Informationsgesellschaft darf sich nicht allein auf die Bereiche der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) beschränken. Sie muss auch die „traditionellen“ Medien (Fernsehen, Rundfunk, Presse) umfassen und einen universellen Service public von hoher Qualität garantieren, der den Zugang benachteiligter Bevölkerungsgruppen, im Norden wie im Süden, zur Information und Kommunikation sichert.

Vgl. ausführlich unter www.comunica-ch.net (Übersetzung aus dem Französischen von Wolf Ludwig)

Literatur

- APC und CRIS (Hrsg), 2003: Involving Civil Society in ICT Policy. The World Summit on the Information Society
- Becker, Jörg, 1994: Der Weltmarkt für Informationen und Kommunikation. Von der „Informationsordnung“ zur globalen „Wissensindustrie“ auf Kosten der Dritten Welt. Widerspruch Heft 28, Zürich
- Berger, Roman, 2002: Die ‚grösste Revolution‘ der Gesellschaft. Tages-Anzeiger vom 31.10.02, S. 70, sowie: Ein Uno-Gipfel der verpassten Chancen? Tages-Anzeiger vom 27.02.03, Zürich
- Augsburger Historikertagung, 2001: Global Village und alteuropäisches Dorfgeschwätz. Berichte der Historiker-Tagung über „Kommunikation und Medien in der Frühen Neuzeit“ vom 13. bis 15. September an der Universität Augsburg
- Heinrich Böll Stiftung, www.worldsummit2003.de
- Jaeggi, Urs A., 2002: Begrenzte grenzenlose Kommunikation. Im globalen Dorf lebt der Süden noch an der Peripherie. Entwicklungspolitische Impulse. Brot für alle. Bern
- Kleinwächter, Wolfgang, 2003: Wissensgesellschaft. www.gipfelthemen.de
- Megafon, 2003: Nr. 264, Schwerpunkt, Genfer Weltgipfel, Bern; www.geneva03.org
- Peyer, Chantal und Jaeggi, Urs A., 2003: Entwicklung braucht Kommunikation. Die Weltkonferenz der UNO zur Informationsgesellschaft. Entwicklungspolitische Impulse. Brot für alle. Bern
- Plattform Schweizer Zivilgesellschaft, www.comunica-ch.net
- Schweizer Exekutiv-Sekretariat: www.wsisgeneva2003.org und www.wsis-online.net
- WSIS-Civil Society Bureau, 2003: Dokumente



Ueli Mäder und Hans Saner (Hrsg.)
REALISMUS DER UTOPIE
Zur politischen Philosophie von Arnold Künzli
424 Seiten, Broschur, Fr. 38.–, ISBN 3-85869-255-7

Mit Beiträgen von:

Urs Altermatt, Emil Angehrn, Gaetano Benedetti, Beat Dietschy, Johan Galtung, Otmar Hersche, Rolf Hochhuth, August E. Hohler, Walter Hollstein, Andreas Isenschmid, Hans Ulrich Jost, Ueli Mäder, Carola Meier-Seethaler, Paul Parin, Annemarie Pieper, Christoph Rehmann-Suter, Regula Renschler, Rudolf Ruzicka, Hans Saner, Alexander J. Seiler, Roger Sidler, Willy Spieler, Christoph Türcke, Fritz Vilmari, Maja Wicki.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt bei www.rotpunktverlag.ch

Rotpunktverlag.